

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000061/2012  
an die Kommission**

Artikel 115 der Geschäftsordnung

**Cecilia Wikström, Nadja Hirsch, Renate Weber, Gianni Vattimo, Sonia Alfano, Andrea Zannoni, Louis Michel, Leonidas Donskis, Jan Mulder, Sophia in 't Veld, Jens Rohde, Baroness Sarah Ludford, Ramon Tremosa i Balcells, Niccolò Rinaldi, Nathalie Griesbeck, Marielle de Sarnez**  
im Namen der ALDE-Fraktion

Betrifft: Kriminalisierung von Obdachlosen in Ungarn

Am 1. Dezember 2011 trat in Ungarn ein Gesetz über die Kriminalisierung von Obdachlosen in Kraft. Nach einer ersten Verwarnung wird Personen, die auf der Straße schlafen, eine Geldbuße von 445 Euro oder eine Haftstrafe auferlegt. Die UN-Menschenrechtsberichterhalter haben in einem Bericht über extreme Armut und Menschenrechte und das Recht auf angemessenen Wohnraum dieses Gesetz kritisiert und Ungarn aufgefordert, dieses Gesetz zu überdenken und eine nationale Strategie über Wohnraumschaffung durchzuführen, bei der die Bedürfnisse und Rechte von Obdachlosen im Sinne der Anforderungen der internationalen Menschenrechtsklauseln berücksichtigt werden. Es gibt schätzungsweise 30.000 bis 35.000 Obdachlose in Ungarn, einschließlich Personen mit Behinderungen<sup>1</sup>. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat dazu geführt, dass eine wachsende Anzahl von Familien auf der Straße leben muss. Die ungarischen Behörden berichten, dass neue Behausungen errichtet wurden, aber Kritiker unterstreichen, dass dies keinesfalls die Auferlegung einer Geldbuße oder einer Haftstrafe gegenüber jenen Personen, die keinen Aufenthaltsort finden konnten, rechtfertige.

1. Kann die Kommission mitteilen, ob sie die Auffassung teilt, wonach das oben genannte Gesetz unvereinbar ist mit den Grundwerten der Europäischen Union, wie diese in Artikel 2 EUV verankert sind, nämlich insbesondere ‚Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören (...) in einer Gesellschaft, in der Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit‘ herrschen?
2. Stimmt sie der Auffassung zu, dass dieses Gesetz unvereinbar ist mit der EU-Charta der Grundrechte, insbesondere Artikel 1 (Unantastbarkeit der Würde des Menschen), Artikel 4 (Verbot der Folter und unmenschlichen oder erniedrigender Behandlung), Artikel 6 (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und Artikel 7 (Achtung des Privat- und Familienlebens), sowie mit Artikel 31 der revidierten Sozialcharta der EU, der zufolge jedermann das Recht auf Wohnung hat?
3. Stimmt sie der Auffassung zu, dass es unvereinbar ist mit den von der Europäischen Union verfolgten Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit, einschließlich spezifischer Referenzen im Gemeinsamen Bericht 2010 über Sozialschutz und soziale Eingliederung, der vom Rat verabschiedet wurde?
4. Stimmt sie der Meinung zu, dass das Gesetz eine Maßnahme darstellt, die dem Proportionalitätstest des EGMR und dem Test bezüglich der Notwendigkeit einer Maßnahme in einer demokratischen Gesellschaft nicht standhält?
5. Stimmt sie dem zu, dass es diskriminierende Auswirkungen auf die in Armut lebenden Menschen haben wird?
6. Stimmt sie dem zu, dass es zur Folge hat, dass Gelder für Polizeimaßnahmen, Inhaftierung, Verurteilung und Bestrafung ausgegeben werden, anstatt diese wirksamer dafür einzusetzen, dass eine Lösung für das Wohnungsproblem gefunden wird?
7. Kann sie statistische Angaben über Obdachlosigkeit in allen Mitgliedstaaten vorlegen?

---

<sup>1</sup> <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=11829&LangID=E>

8. Sollte sie alle oben genannten Besorgnisse teilen, welche Maßnahmen wird sie gegenüber den ungarischen Behörden ergreifen und wird sie ein Verstoßverfahren gegen Ungarn eröffnen?

Eingang: 8.3.2012

Weiterleitung: 12.3.2012

Fristablauf: 19.3.2012